



26. Februar 2020

Rede von Barbara Otte-Kinast, Niedersächsische Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, zum Antrag der Fraktion der FDP in der Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 26. Februar 2020, TOP 25 (Abschließende Beratung)

Straftaten und Gemeinnützigkeit schließen sich aus!

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

Wir beraten heute abschließend über den Antrag der FDP-Fraktion „Straftaten und Gemeinnützigkeit schließen sich aus!“ in der vom Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfohlenen (abgeänderten) Fassung.

Ich verstehe das Grundanliegen des FDP-Antrags. Zustimmung kann man dem Antrag allerdings nur in der jetzt vom Ausschuss empfohlenen Fassung.

Bei dem FDP-Antrag geht es um die Tierrechtsorganisation PETA, und dass sich Straftaten und Gemeinnützigkeit ausschließen.

Meine Damen und Herren: Das ist bereits nach geltendem Recht so!

Weder der Bundesgesetzgeber noch die Finanzverwaltung müssen angerufen werden.

Wir leben in einem Rechtsstaat. Die Rechtsordnung regelt unser Zusammenleben, unsere Behörden sind an Recht und Gesetz gebunden.

Es ist klar: Wer gemeinnützig sein will, darf sich nicht über die Rechtsordnung hinwegsetzen. Der gemeinnützige Zweck heiligt nicht jedes Mittel, insbesondere nicht strafbare Mittel.

Sabine Hildebrandt Pressestelle Calenberger Straße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-2095 Fax: (0511) 120-2382	www.ml.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@ml.niedersachsen.de
--	---	---

Die Finanzämter prüfen in einem rechtstaatlichen Verfahren, ob eine Gemeinnützigkeit vorliegt. Zu dieser Prüfung gehört das gesetzestreue Verhalten.

Falls eine Straftat oder ein Rechtsverstoß vorliegen, die einer gemeinnützigen Körperschaft zugerechnet werden können, muss die Aberkennung der Gemeinnützigkeit verhältnismäßig sein.

Diese Prüfung ist bei dem örtlich zuständigen Finanzamt sehr gut aufgehoben und weder Aufgabe des Landtages, des Bundesgesetzgebers noch der obersten Finanzbehörden.

Auch die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) erfasst bereits heute Straftaten nach dem Tierschutzgesetz, die einen separaten Schlüssel besitzen.

Darüber hinaus werden u.a. Einbruchdiebstähle in der Polizeilichen Kriminalstatistik ausgewiesen. Eine Zuordnung zu einer speziellen Tatörtlichkeit (z. B. Stallanlage) erfolgt jedoch letztlich nicht.

Wenn eine noch genauere Erfassung erforderlich ist, sollte die Kommission Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) dies prüfen und umsetzen. Außerdem könnte man Meldedienste (Polizeilicher Informations- und Analyseverbund, PIAV) für die Umsetzung einbeziehen.

Anrede

Wir haben jetzt viel über Dinge geredet, die bereits existieren.

Ich möchte lieber darüber reden, wie wir die Zukunft aktiv gestalten können.

Gerade die Tierhaltung leidet seit längerem unter einem gesellschaftlichen Ansehens- und Akzeptanzverlust. Die Erwartungen der Menschen an den Umgang mit den Tieren sind hoch.

Gleichzeitig lastet auf den Betrieben ein enormer wirtschaftlicher Druck. Und die Zahlungsbereitschaft für mehr Tierwohl an der Ladenkasse ist sehr begrenzt. Das passt so alles nicht mehr zusammen.

Ich befürworte daher einen **Gesellschaftsvertrag**, der die Landwirtschaft und Gesellschaft wieder vereint. Er soll klar den Rahmen setzen, wie die Landwirtschaft der Zukunft aussehen soll.

Sabine Hildebrandt Pressestelle Calenberger Straße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-2095 Fax: (0511) 120-2382	www.ml.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@ml.niedersachsen.de
--	---	---

In meinem Haus arbeiten wir an Nutztier-, Ackerbau- und Klimaschutzstrategien, die das Fundament des Gesellschaftsvertrages bilden sollen.

Mit unserer **Nutztierstrategie** bekennen wir uns zu einer nachhaltigen, leistungs- und zukunftsfähigen Nutztierhaltung in Niedersachsen.

Wir wollen die gesellschaftlichen Erwartungen an Tierwohl und ökologische Nachhaltigkeit wieder mit den Anforderungen unserer landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in Einklang bringen.

Es geht insbesondere um die Honorierung höherer Tierwohlstandards, und die Weiterentwicklung des Bau- und des Umweltrechts auf Bundesebene.

Außerdem entwickeln wir die Niedersächsische Nutztierstrategie – Tierschutzplan 4.0 weiter und unterstützen ein mehrstufiges staatliches Tierwohl-Label.

Bereits jetzt arbeiten viele verschiedene Gremien auf Landes- und Bundesebene gemeinsam daran, den Tierschutz stetig zu verbessern!

Anrede

Straftaten und Gemeinnützigkeit schließen sich aus. Das regeln geltende Gesetze. Lassen Sie uns unsere Energie darauf verwenden, die Zukunft gemeinsam so zu gestalten, dass strafbare Einbrüche in Ställe erst gar nicht mehr erforderlich erscheinen.

Mein Haus ebnet den Weg in die Zukunft mit der Nutztierstrategie.

Sabine Hildebrandt Pressestelle Calenberger Straße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-2095 Fax: (0511) 120-2382	www.ml.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@ml.niedersachsen.de
--	---	---